

Statusbericht über die Behandlung zugewiesener Anträge vom Bundesforum 2010

	Zuweisungsbeschluss	Behandlung bzw. Vorschlag für Behandlung:
Antrag 2: Das Private ist politisch! Gestellt von: GPA-djp Jugend, zugewiesen an den BuVo, noch nicht behandelt. Fordert u.a. 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich	Zuweisung an Bundesvorstand	Anmerkung: hier erfolgte eine Positionierung durch die Arbeitszeitresolution 2011 des Bundesvorstand vom 24.05.2011
Antrag 3: Nationalen Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln.	Zuweisung an Bundesvorstand Veranstaltung innerhalb eines Jahres mit work@migration, EKI, Grundlagenabteilung sowie GPA-djp	„Antrag des Bundesvorstands der GPA-djp zum Thema Integration“, beschlossen am 1. Juni 2012
Antrag 5: a) Ministerium oder Staatssekretariat und kommunale Integrationsbeauftragte schaffen b) Staatsbürgerschaft c) Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen	Zuweisung an Bundesvorstand Veranstaltung innerhalb eines Jahres mit work@migration, EKI, Grundlagenabteilung sowie GPA-djp	Gemeinsam mit Antrag 3 –am Bundesvorstand behandelt „Antrag des Bundesvorstands der GPA-djp zum Thema Integration“ beschlossen am 1. Juni 2012
Antrag 15: Undokumentiert Arbeiten: Arbeitsrechte ausbauen zum Schutz aller abhängig Arbeitenden	Zuweisung an Bundesvorstand Veranstaltung innerhalb eines Jahres mit work@migration, EKI, Grundlagenabteilung sowie GPA-djp	Gemeinsam mit Antrag 3 –am Bundesvorstand behandelt „Antrag des Bundesvorstands der GPA-djp zum Thema Integration“ beschlossen am 1. Juni 2012 Unterstützung der „Undok“-Beratungsstelle von AK und ÖGB

Antrag 8: „Mehr Lebensqualität für alle – heute und morgen!“ Ökosozialen Marktwirtschaft und Global Marshallplan jetzt umsetzen! Gestellt von: Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der GPA-djp	Annahme, aber Zuweisung des Forderungspunktes »Transparente Budgets ohne Neuverschuldung« an den Bundesvorstand	Anmerkung: In dieser Frage ist durch die Beschlusslage der GPA-djp zum Fiskalpakt und zur Schuldenbremse eine Position gegeben. Positionspapier zum Vorhaben einer „Schuldenbremse“, Bundesvorstand 23.11.2011
Antrag 10 Verbesserung der Situation von SexdienstleisterInnen	Zuweisung an den Bundesvorstand nach klarer Aufgabenstellung durch das Präsidium.	Das Thema wurde im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Migration im Präsidium diskutiert und dann entschieden, dieses nicht weiter zu verfolgen.
Antrag 22: Für eine solidarische, produktivitätsorientierte Lohnpolitik! Gestellt von: AUGE/UG - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen	„Die GPA-djp orientiert sich an der Formulierung zur Lohnpolitik des 16. Bundeskongresses des ÖGB und führt eine seriöse interne Diskussion über die Erfolge/Misserfolge ihrer Lohn- und Gehaltspolitik. Sie evaluiert sie im Sinne einer solidarischen und produktivitätsorientierten Orientierung.“ Zuweisung an Bundesvorstand Gemeinsame Behandlung mit Antrag 41	Anmerkung: Am Bundesvorstand wird regelmäßig über die jüngsten KV Abschlüsse diskutiert. KV Politik ist immer ein Tagesordnungspunkt, insofern ist der Antrag nach einer „Seriösen Diskussion über Erfolge/Misserfolge“ erfüllt.
Antrag 24: Zeitwertkonto für alle ArbeitnehmerInnen. Gestellt von: Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der GPA-djp	Zuweisung an Bundesvorstand	Anmerkung: zum Komplex Arbeitszeiten erfolgte eine Positionierung durch die Arbeitszeitresolution des Bundesvorstandes vom 24.05.2011
Antrag 26: Arbeitszeit verkürzen – Arbeit fair teilen! Gestellt von: AUGE/UG Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen	Zuweisung an Bundesvorstand	Anmerkung: Die Befassung und Positionierung des Bundesvorstandes zur Arbeitszeitverkürzung fand am 24.5. 2011 statt.
Antrag 29: Aktives auftreten gegen Politikwäsche (ACTA).	Zuweisung an den EKI Beirat, Bericht an den Bundesvorstand	Anmerkung: ACTA wurde vom Europäischen Parlament 2012 abgelehnt. Keine weiterer

		Behandlung notwendig
Antrag 30: Ablehnung des Strategiekonzeptes „Europa 2020“,	Zuweisung an den EKI Beirat, Bericht an den Bundesvorstand	Anmerkung: Die 2020 Strategie, die nationalen Reformprogramme und die Empfehlungen sind Gegenstand der laufenden Arbeit der GPA-djp. Die GPA-djp setzt sich in Zusammenarbeit mit ÖGB und AK dafür ein, dass die Empfehlungen der Kommission nicht verbindlich werden (zB Anhebung Pensionsalter)
Antrag 32: Ja zu einer sozial-ökologischen Steuerreform – Nein zur Budgetsanierung unter einem „ökologischen Deckmäntelchen“! gestellt von AUGE	Zuweisung an Steuerbeirat, Bericht an den Bundesvorstand Der Steuerbeirat hat sich damit in eigenen Sitzungen befasst. Am 16.1. 2013 fand ein Ökosteuer Workshop für Mitglieder des Bundevorstands statt.	Anmerkung: es gibt diesbezüglich eine Positionierung des ÖGB Kongresses 2013. Der ÖGB will eine Ökologisierung des Steuersystems nach einer jetzt prioritär geforderten Tarifreform einfordern.
Antrag 34: Geistige Eigentumsrechte. Zuweisung an Bundesvorstand. Zur Präzisierung und Beratung wird die Rechtsabteilung zugezogen		Befassung ist noch offen. Vorgeschlagen wird eine Position zum Bereich Geistiges Urheberrecht, die die Rechtsabteilung unter Einbeziehung des Wirtschaftsbereichs Medien/JournalistInnen erstellt
Antrag 40 (gestellt von Karin Antlanger): Für eine Überführung der Betriebs- und Zusatzpensionen sowie der Abfertigung-Neu in das bewährte Umlagesystem	Zuweisung an Bundesvorstand	Die Befassung erfolgt durch das Präsidium. Vorschlag: Die Grundlagenabteilung schreibt eine kurze Einschätzung, die dem Präsidium und BuVo vorgelegt wird. Bei den Betriebspensionen ist eine Überführung ins Umlageverfahren nicht möglich, weil niemand die Ausfallshaftung für die Pensionszusagen eines Einzelbetriebes übernimmt. Bei der Abfertigung Neu wäre das möglich und hier fordert die GPA-djp und der

		ÖGB eine Reform mit einer Vereinfachung und obligatorischer Kostenreduktion als Mindestforderung.
Antrag 41: Für einen gesetzlichen Mindestlohn! Gestellt von: Mag. Karin Antlanger (MNr. 006304370)	Zuweisung an Bundesvorstand. Gemeinsame Behandlung mit Antrag 22	Die Befassung ist noch nicht erfolgt. Vorschlag: Es könnte ergänzend zu einer Ablehnung ein Forderungskatalog zur besseren Durchsetzbarkeit von Mindestgehältern geben. Wording ÖGB Bundeskongress 2013: „Im kollektivvertragsfreien Raum muss das angemessene Entgelt unabdingbar sein. Das Gesetz muss die Angemessenheit und Ortsüblichkeit der Entlohnung auch für den Fall vertraglicher Vereinbarungen garantieren.“
Antrag 46: 1) Bestellung eines/r hauptamtlichen Integrationsbeauftragten in der GPA-djp 2) Mitwirkung von MigrantInnen am politischen und kulturellen Leben der GPA-djp3) MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt	Zuweisung an Bundesvorstand	Gemeinsam mit den Anträgen 3,5, und 15 am Bundesvorstand am 1. Juni 2012 behandelt
Antrag 47: Starke, einheitliche Gewerkschaft. Zuweisung an Bundesvorstand	Zuweisung an Bundesvorstand Dieser Antrag setzt sich dafür ein, dass sich die GPA-djp am ÖGB Bundeskongress für eine einheitliche Gewerkschaft statt Einzelgewerkschaften einsetzt. Der Kongress fand 2013 statt. Die GPA-djp hat dieses Konzept 2006 vorgeschlagen, da es nicht mehrheitsfähig war, ist dieser Weg momentan nicht realistisch.	Die Befassung ist noch nicht erfolgt. Vorschlag: Kurzbericht an den Bundesvorstand, dass dies nicht weiterverfolgt wurde, weil von den Gewerkschaften und dem ÖGB nach Diskussionen andere demokratisch zustande gekommene Entscheidungen getroffen wurden, die es zu respektieren gilt.

	Frauenanträge	
Antrag 53: Zuweisung der Forderung »generelle Pflichtversicherung für alle Dienstverhältnisse« an den Bundesvorstand.	Zuweisung an Bundesvorstand	Es erfolgte eine Diskussion am - Bundesfrauenvorstand am 23.5.2011 und ein Bericht an den Bundesvorstand. Da die Formulierung eine Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze bedeutet und dies nicht gewollten Problemen führen würde, wurde der Forderung nicht nachgekommen.
Antrag 55: Zuweisung des Punktes » 4 Stunden Mindestarbeitszeit pro Tag« an den Bundesvorstand	Zuweisung an Bundesvorstand Diskussion mit einer ExpertInnenarbeitsgruppe innerhalb von 6 Monaten Grundlagenabteilung mit Frauenabteilung, Vorbereitung einer Position für den Bundesvorstand	Die Befassung und Positionierung des Bundesvorstandes zu den Arbeitszeithemen fand am 24.5. 2011 statt. Dabei wurde auch folgende Forderung aufgestellt: Mindest(tages)arbeitszeiten sind insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten in Kollektivverträgen anzustreben"
Antrag 57: Soziale Absicherung von Frauen.	Zuweisung der Forderung »generelle Pflichtversicherung für alle Dienstverhältnisse « an den Bundesvorstand Diskussion mit einer ExpertInnenarbeitsgruppe innerhalb von 6 Monaten Grundlagenabteilung mit Frauenabteilung, Vorbereitung einer Position für den Bundesvorstand	Es erfolgte eine Diskussion am Bundesfrauenvorstand am 23.5.2011 und ein Bericht an den Bundesvorstand. Da die Formulierung eine Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze bedeutet und dies nicht gewollten Problemen führen würde, wurde der Forderung nicht nachgekommen.
Antrag 58: Frauen und Steuern	Zuweisung der Forderung »Anhebung Höchstbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung und Arbeitslosenversicherung « an den Bundesvorstand Diskussion mit einer ExpertInnenarbeitsgruppe	Es erfolgte eine Diskussion am Bundesfrauenvorstand am 23.5.2011 und ein Bericht an den Bundesvorstand. Da die Formulierung anderen Forderungen widerspricht

	innerhalb von 6 Monaten Grundlagenabteilung mit Frauenabteilung, Vorbereitung einer Position für den Bundesvorstand.	(generelle Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage, Anhebung in der Krankenversicherung) wurde der Forderung nicht nachgekommen.
--	--	---